

Luxemburg

Wichard Woyke

Luxemburgs Europapolitik wurde erneut nachdrücklich durch Premierminister Jean-Claude Juncker bestimmt. Zunächst war Juncker seit 1982 ununterbrochen Mitglied der Staatsregierung. Ende 2012 trat er endgültig als Euro-Gruppenchef zurück und im Juli 2013 trat Juncker auch vom Amt des Premierministers zurück, um für den Oktober 2013 Neuwahlen zu ermöglichen.

Juncker legte eine Blitzkarriere hin und wurde mit 28 Jahren Staatssekretär für Arbeit und Soziales, um 1989 Finanzminister zu werden. Als Jacques Santer 1995 als Kommissionspräsident nach Brüssel wechselte, rückte Juncker an die Spitze der Regierung, der er seit dieser Zeit ununterbrochen vorstand. Juncker unterzeichnete als Finanzminister 1992 den Maastrichter Vertrag für Luxemburg und gilt als einer der Väter des Euro. Im September 2004 wurde Jean-Claude Juncker Euro-Gruppen-Chef, d.h. er hatte die Führung des wichtigsten Gremiums der Euro-Zone im Kampf gegen die Schuldenkrise. Juncker hatte im Juli 2012 ein neues zweieinhalbjähriges Mandat erhalten, das er aber Ende des Jahres 2012 aufgab.

Im Sommer 2013 trat Juncker auch vom Amt des Premierministers zurück. Zuvor war die Regierung aus Christlichen Demokraten (CSV) und Sozialdemokraten (LSAP) auseinandergebrochen, weil der Bericht eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses nach 50 Sitzungen zu dem Ergebnis kam, dass die politische Verantwortung für die Zustände im *Service de Renseignement de l'Etat Luxembourgeois* (SREL), dem Geheimdienst des Landes, der Regierungschef tragen müsse. Bereits in den achtziger Jahren war Luxemburgs Geheimdienst in eine rätselhafte Serie von Bombenattentaten verwickelt, die bis heute nicht aufgeklärt ist. Der Geheimdienst arbeitete als eine Art Parallelpolizei, die sich selbständig machte und abhörte, wen sie wollte. Selbst vor dem Premierminister, ihrem verfassungsmäßigen obersten Chef, machten sie nicht halt. So erschien im Januar 2007 Geheimdienstchef Marco Mille, so heißt es in dem Untersuchungsbericht, beim Premierminister zum Rapport. Mit einer ganz besonderen Hightech-Armbanduhr wurde das komplette Gespräch aufgezeichnet, eine extrem heikle Angelegenheit, da es in dem Gespräch wohl auch um mögliche Verwicklungen der großherzoglichen Familie ging. Erst Ende 2008 erfuhr Juncker davon, was ihn aber auch nicht zum Eingreifen veranlasste. Mille blieb bis 2010 im Amt, dann wurde er Sicherheitschef des Siemens-Konzerns.

Premierminister Juncker rechtfertigte seine Passivität in der Überwachungsfrage damit, dass er das Vertrauensverhältnis zu befreundeten Nachrichtendiensten nicht belasten wollte. So habe er Mille trotz des „extremen Vertrauensbruchs“ nicht sofort entlassen. Doch die Erklärung hat in Luxemburg kaum jemanden überzeugt. Am Ende war Juncker in seinem eigenen Parlament isoliert, da die Mehrheit der Abgeordneten politische Konsequenzen aus der Geheimdienstaffäre um sich verselbständigende Agenten, einem ungeklärten Bombenlegerfall und einer Korruptionsaffäre forderten. Der Vorwurf an Juncker persönlich war, dass der den Geheimdienst nicht ordentlich kontrolliert hätte, so dass dieser ein wildes Eigenleben entwickeln konnte.

Luxemburg und die Lockerung des Bankgeheimnisses

Der Druck auf Luxemburg als „Steueroase“ ist aufgrund der zunehmenden internationalen Zusammenarbeit wie auch durch die Krise im Niedrigsteuerland Zypern deutlich gestiegen. So beugte sich das Großherzogtum dem zunehmenden politischen Druck und will künftig Informationen zu Zinserträgen von EU-Bürgern an die jeweiligen Heimatbehörden mitteilen. Jahrzehntlang hatte sich Luxemburg dagegen gestemmt, doch nun erklärte Premierminister Juncker, dass sich Luxemburg am Kampf gegen Geldwäsche und Steuerbetrug beteiligen müsse. Im Großherzogtum müsse man zur Kenntnis nehmen, dass die internationalen Entwicklungen auf den automatischen Informationsaustausch hinsteuerten, und Luxemburg sich dem nicht länger entziehen könnte, erklärte die Regierung. Daher wurde beschlossen, zum 1. Januar 2015 „die automatische Auskunftserteilung einzuführen für Zinserträge, die von Luxemburger Finanzinstituten an in anderen EU-Mitgliedstaaten ansässige Privatpersonen ausgezahlt werden“, damit die Zinserträge „nach den Rechtsvorschriften letzterer Mitgliedstaaten effektiv besteuert werden“. Ausländische Firmen, die ihren Sitz in Luxemburg haben, sind von der Lockerung des Bankgeheimnisses indes nicht betroffen. Premierminister Juncker stellte aber klar, dass man einem weltweiten Trend folgen und sich nicht deutschem Druck beugen würde.¹ Luxemburg und Österreich waren zuletzt die einzigen beiden EU-Länder, die nicht beim automatischen Steuer-Informationsabgleich mitmachten. Nun ist Österreich das letzte EU-Land, das sich der EU-Zinsbesteuerung entzieht, weil es eine Ausnahmeregel beansprucht.

Luxemburg – Mahner und Vermittler

Seit Beginn der europäischen Integration verfolgt Luxemburg die Politik des Vermittelns, besonders zwischen den beiden großen Nachbarn Deutschland und Frankreich. Gerade angesichts der Eurokrise und der Kommunikationsprobleme zwischen der deutschen und der französischen Regierung appellierte Außenminister Asselborn an die beiden großen Nachbarländer, sich ihrer europapolitischen Verantwortung bewusst zu werden: „Deutschland und Frankreich müssen sich bewusst sein, dass die Essenz der EU auf der Freundschaft beider Länder aufgebaut ist. Diese Essenz wird zerstört, wenn Feindbilder zugelassen werden. Wir sind in der EU in einer schweren Krise. In dieser Zeit muss der Stärkere versuchen, den Schwächeren nicht noch mehr abzuhängen. Der Schwächere muss alles tun, die EU nicht infrage zu stellen. Wenn Deutschland und Frankreich ihren eigenen Weg gehen, würde Europa das nicht überleben. Alle Länder der EU müssen auf Deutschland und Frankreich einwirken und sagen: Passt auf.“² Auch gegenüber möglichen Hegemonialverhalten warnte Asselborn in einem Interview mit Radio Bremen im März 2013.

Weiterführende Literatur

Interview Jean Asselborn mit Radio Bremen über die Beziehungen Deutschlands mit Kleinstaaten vom 27.03.2013.

Interview Jean-Claude Juncker in der Sendung „Unter den Linden“ des Senders Phoenix vom 18.12.2012.

1 Tagesspiegel, 11.4.2013.

2 Kurier, 14.05.20113.